

Bolivien: ein Gewaltausbruch und seine Folgen

Goedeking, Ulrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Goedeking, U. (2003). *Bolivien: ein Gewaltausbruch und seine Folgen*. (Brennpunkt Lateinamerika, 5). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443732>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 5

15. März 2003

ISSN 1437-6091

Bolivien: Ein Gewaltausbruch und seine Folgen

Ulrich Goedeking

31 Tote und über hundert Verletzte weist die Bilanz der Ausschreitungen vom 12. und 13. Februar auf. Die Bolivianer müssen sich eingestehen, dass die Fassade der relativen Stabilität des Landes nach über 17 Jahren neoliberaler Politik so große Risse bekommen hat wie nie zuvor. Weder die Regierung noch die Opposition sind in der Lage, als Konsequenz daraus Vorschläge für tragfähige wirtschafts-politische Reformen zu formulieren.

Ausgerechnet die Polizei war es, deren Protest zu dem Funken wurde, der in La Paz das zweitägige Feuer von Schießereien, Plünderungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen entzündete. Vorangegangen war die Ankündigung der Regierung unter Präsident Sánchez de Lozada, eine Lohn- und Einkommensteuer auf alle Löhne und Gehälter oberhalb des doppelten Mindestlohnes einzuführen. Unmittelbarer Anlass für diese Maßnahme war die Forderung des Internationalen Währungsfonds (IWF), das Haushaltsdefizit von 8,6% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 5,5% drastisch zu reduzieren. Der Mindestlohn liegt bei 440 Bolivianos, umgerechnet rund 55 Euro, die Steuer sollte also ab einem Monatslohn von ca. 110 Euro greifen.

Als Lohnempfänger waren die Polizisten direkt von dieser Steuer betroffen. Unmut machte sich breit, Polizeieinheiten weigerten sich, ihren Dienst anzutreten. Als Militäreinheiten am 12. Februar auf der Plaza Murillo mit Tränengas gegen demonstrierende Schüler vor dem Präsidentenpalast einschritten, griffen Polizisten zugunsten der Schüler ein: die Situation eskalierte. In Schießereien und an deren Folgen starben 31

Menschen, darunter zahlreiche Polizisten, unter anderem auch durch Schüsse, die offenbar von Scharfschützen von Hausdächern aus abgegeben worden waren. Es blieb nicht bei der Auseinandersetzung zwischen Polizisten und Militärs, zwischen denen ohnehin eine Rivalität besteht. Unzufriedenheit fand spontan ein Ventil. Das Rathaus von El Alto, der Schwesterstadt von La Paz, brannte ebenso wie das historische Gebäude an der Plaza Murillo, in dem der Vizepräsident seinen Sitz hat, auch die Zentralen mehrerer Parteien waren betroffen. So mancher nutzte die Gelegenheit für Plünderungen.

Präsident Sánchez de Lozada kündigte schnell an, die Steuerpläne zu begraben, konnte damit allerdings die Eigendynamik des Gewaltausbruches nicht sofort stoppen. Erst nach zwei Tagen beruhigte sich die Lage wieder.

Am 12. Februar mittags wurden auch Schüsse auf den Präsidentenpalast an der Plaza Murillo abgegeben. Regierungssprecher Mauricio Antezana sprach später davon, diese Schüsse seien weder von Polizisten noch von Militärs abgegeben worden, es handele sich um einen Putschversuch, dessen Ziel es gewesen sei, Sánchez de

Lozada umzubringen. Neben Vertretern der Partei Sánchez de Lozadas, dem *Movimiento Nacionalista Revolucionario* (MNR), schlossen sich auch die Koalitionspartner *Movimiento de la Izquierda Revolucionaria* (MIR) und *Unidad Cívica Solidaridad* (UCS) dieser Version an. Bei den Oppositionsparteien allerdings herrschte Skepsis vor. Vertreter der von Manfred Reyes Villa geführten *Nueva Fuerza Republicana* (NFR) und von der Evo Morales` Partei *Movimiento al Socialismo* (MAS) nannten die Putschhypothese lächerlich. Der MAS-Abgeordnete Dionisio Nuñez warf der Regierung vor, sie wolle eine Konspiration konstruieren und so die Volksbewegungen diskreditieren. Nachforschungen von Journalisten bestätigten in der Sache die Zweifel der Opposition. Schon zwei Tage später berief sich die Tageszeitung *La Prensa* auf Aussagen einiger Mitglieder der Sicherheitskräfte im Präsidentenpalast, wonach die so genannten Beweise, die von der Regierung vorgelegt worden waren, erst am 13. Februar konstruiert worden seien.

Die Symbolkraft einer Steuer

Die bolivianische Regierung wird wohl damit gerechnet haben, dass der Beschluss über die Einführung einer Lohnsteuer zu Protesten führen würde. Gleichzeitig aber dürfte die Erwartung bestanden haben, dass die Protestwelle genauso folgenlos abebben würde wie viele ähnliche Proteste zuvor.

Bolivien musste für die durch den IWF geforderte Senkung des Haushaltsdefizits rund US\$ 240 Mio. mobilisieren. Zwei Maßnahmen boten sich unmittelbar an: Zum einen hätte man den Benzinpreis erhöhen können, was allerdings zwangsläufig einen Inflationsschub zur Folge gehabt hätte; die andere Option war die Einführung der Lohnsteuer. Beide Maßnahmen zielen im Kern darauf ab, das Haushaltsdefizit durch einen Griff in die Taschen der Konsumenten zu verringern, mit dem Risiko, rezessive Tendenzen noch zu verstärken. Ein Unterschied liegt darin, dass eine allgemeine Preiserhöhung über den Benzinpreis alle Bolivianer getroffen hätte, die Lohn und Einkommensteuer dagegen nur die Minderheit derer, die im formalen Bereich der Wirtschaft oder in der Bürokratie einen regelmäßigen Lohn beziehen. All diejenigen, die informell produzieren und Handel treiben, wären davon nicht betroffen gewesen, da der Staat ohnehin keinen Zugriff auf ihr Einkommen hat.

Das Dilemma der Regierung Sánchez de Lozada lag darin, nur über wenige Alternativen für die kurzfristige Einnahmeverbesserung des Staates zu verfügen. Die Alternativvorschläge, die

von Kritikern auf der linken Seite des politischen Spektrums geäußert werden, können kaum zur Problemlösung beitragen. Staatliche Gelder, die durch Korruption auf privaten Konten landen? Damit wäre das Haushaltsproblem wohl mehr als gelöst, nur hat noch niemand das Patentrezept geliefert, wie auf allen Ebenen tief verwurzelte korrupte Praktiken so ohne Weiteres ausgemerzt werden könnten. Das Eintreiben von Steuern der immer säumigen Steuerzahler? In der bolivianischen Presse ist davon die Rede, über tausend Prozesse seien anhängig, in denen es um Steuerforderungen von über US\$ 523 Mio. gehe. Einer der säumigen Großschuldner ist die Familie Fernández – über ihre Partei UCS gleichzeitig Koalitionsmitglied der gegenwärtigen Regierung. Aber wie sollte eine Regierung diese Summen kurzfristig eintreiben, ohne den letzten Rest der Fiktion von Rechtsstaatlichkeit *ad absurdum* zu führen? Sicherlich müsste die bolivianische Justiz besser funktionieren, aber auch dies ist ein Herkulesprojekt für Jahrzehnte. Gleiches gilt für Forderungen nach Bekämpfung des Schmuggels und danach, über die Formalisierung informeller Unternehmen die Zahl der Steuerzahler zu erhöhen, ein Vorhaben, an dem auch in anderen lateinamerikanischen Ländern schon viele Wirtschafts- und Finanzpolitiker gescheitert sind. So sehr alle diese Argumente in der Sache berechtigt sind, haben sie in der gegenwärtigen Situation doch eher den Beigeschmack populistischer Kampfbegriffe mit dem Ziel, aus der Situation kurzfristig Kapital zu schlagen.

National wie international war für Kritik von links der Schuldige schnell ausgemacht: Der IWF mit seinem Neoliberalismus, umgesetzt von seinen willfährigen Handlangern in der bolivianischen Regierung. Von den Fehlern des IWF wird noch die Rede sein, aber grundsätzlich kann die Einführung einer Lohn- und Einkommensteuer wohl kaum als neoliberales Folterwerkzeug denunziert werden. Dass das gegenwärtig aberwitzige bolivianische Steuersystem reformbedürftig ist, daran besteht kein Zweifel. Im Moment können Lohnempfänger durch Vorlage von Quittungen aller Art ihre Steuerzahlungen reduzieren. Es lassen sich sozusagen alle Ausgaben des täglichen Lebens von der Steuer absetzen, solange sie durch Quittungen belegt sind und damit – theoretisch – im formellen Bereich der Wirtschaft getätigt worden sind. Im Ergebnis allerdings steht ein schwunghafter Handel mit falschen Quittungen und es kommt zu absurden Situationen, wenn zum Beispiel Bezieher eines sehr bescheidenen Einkommens Quittungen vorlegen, nach denen

angeblich kein einziger Boliviano für Lebensmittel ausgegeben worden wäre.

So sehr die Einführung einer Lohn- und Einkommensteuer im Grundsatz politisch unspektakulär erscheint, so drastisch sind in einem Land wie Bolivien die Folgen. Eine Steuer auf Monatslöhne ab umgerechnet 110 Euro, die direkt einbehalten wird und gegen die sich Steuerzahler trotz aller Kreativität im Umgang mit den Finanzbehörden nicht wehren können, bedeutet für Geringverdiener, noch weniger als wenig zur Verfügung zu haben. Auch wenn die Kaufkraft in Bezug auf Artikel des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel in Bolivien höher ist als in Europa, muss kaum begründet werden, dass von solchen Löhnen der Lebensunterhalt – gar einer Familie – nicht zu bestreiten ist.

Mehr noch als die absoluten Summen, um die es für die Lohnempfänger geht, dürfte die Symbolkraft dieser Maßnahme zum Ausbruch der Unzufriedenheit geführt haben. Wer die Wahrnehmung hat, vom Staat nichts zu bekommen, wird umso weniger einsehen, tatsächlich über Steuern auch nur kleine Beträge an diesen Staat zu zahlen. Die Bedeutung dieser Beträge ist relativ. Gerade für die Polizisten, deren Protest zum Auslöser der Ausschreitungen vom 12./13. Februar wurde, dürfte in vielen Fällen gelten, dass sie durchaus noch über andere Einnahmequellen verfügen neben ihrem potenziell zu versteuernden Lohn. Es ist kein Geheimnis, dass viele Polizisten gerne dafür Geld kassieren, um im Fall der Fälle ein Auge zuzudrücken, mehr noch: In vielen Situationen gilt dies als vollkommen normal.

Aber es ging nicht um Rechenexempel, sondern um die tiefe Verärgerung darüber, die Privilegierten in den Regierungsämtern wälzten wieder einmal die Lasten auf die „kleinen Leute“ ab. Kaum jemand in Bolivien kann den Eindruck haben, es ginge vorwärts im Land. Immer wieder hören die Bolivianer die Versprechungen, man müsse nur vorübergehend den Gürtel enger schnallen, um dann in der Zukunft von einer neuen wirtschaftlichen Dynamik profitieren zu können. Im Alltag heißt das für die Mehrheit der Bolivianer, sich mehr schlecht als recht von Monat zu Monat durchzuschlagen. Von Aufbruchstimmung ist schon lange nichts mehr zu spüren, an deren Stelle trat die Wahrnehmung von Stagnation und Lähmung.

Eine labile Normalität

Die Ereignisse des 12. und 13. Februar stehen beispielhaft für die Krise eines Modells, das aus Sicht der Regierenden über 17 Jahre lang leidlich gut funktioniert hat. Die bolivianischen Regie-

rungen, egal von welcher Partei, haben sich in all diesen Jahren daran gewöhnt, dass zwar die üblichen Verdächtigen immer wieder protestieren, es auch einmal zu Auseinandersetzungen kommen kann, aber letzten Endes alle Proteste verpuffen.

In den ersten Jahren nach Etablierung der neoliberalen Politik ab 1985 waren die Erinnerungen an die chaotischen Verhältnisse zuvor, an die Hyperinflation und die völlige interne Blockade noch frisch. Gegen die sozialen Härten, die notwendigerweise mit Firmenschließungen und Preisfreigabe verbunden waren, regte sich deswegen kein Widerstand in einem Ausmaß, der die Durchsetzung dieser Politik gefährdet hätte. Im Gegenteil, die Gewerkschaften gingen geschwächt aus der Auseinandersetzung hervor, und es begann eine lange, bis jetzt andauernde Phase vergleichsweise unspektakulärer Umsetzung eines politischen Konzeptes, das in fast ganz Lateinamerika alternativlos schien. Die mächtigen internationalen Finanzinstitutionen, allen voran der IWF, setzten die Maßstäbe – in der nationalen Politik Boliviens passten sich die politischen Eliten dieser Vorgabe ebenso an wie andernorts auf dem Kontinent.

Die bolivianischen Mittel- und Oberschichten richteten sich in der neuen Normalität gut ein. Das Land genoss eine nie gekannte politische Stabilität. Alle vier Jahre wechselten sich die großen Parteien, von denen keine die Grundzüge der Wirtschaftspolitik in Frage stellte, nach leidlich fairen und friedlichen Wahlen an der Macht ab. Die Inflation hielt sich in all diesen Jahren in überschaubaren Grenzen, kurz: Man konnte – das nötige Einkommen vorausgesetzt – in Bolivien wieder in Ruhe leben und seinen Wohlstand genießen.

Gewiss, es gab immer bittere Armut im Land, die in Bolivien auch für jedermann sichtbar ist. Dies wurde zwar beklagt, angesichts der vermeintlichen Naturgegebenheit der Marktgesetze aber letzten Endes doch als Tatsache hingenommen: Es war ja nie anders, es ist eben so, und die sozialen Gegensätze äußern sich schließlich nicht einmal in außergewöhnlich hohen Kriminalitätsraten. Kein Vergleich zu den Zuständen in Peru, in Brasilien oder gar in Kolumbien – La Paz ist eine Stadt, in der man ohne größere Sorgen abends ausgeht.

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion in Bolivien traten Fragen nach sozialen Gegensätzen und Armutsbekämpfung in den Hintergrund zugunsten von Debatten über Probleme von Systemstabilität, Regierbarkeit, Integrationsfähigkeit des politischen Systems und Wahlrechtsreformen. Dazu kamen, vor allem in den Jahren 1993

bis 1997 während der ersten Regierung Sánchez de Lozada, die Diskussionen um Dezentralisierung und die so genannte *participación popular*, mit der den Kommunen eigene Haushalte und diverse Zuständigkeiten übertragen wurden. Diese Debatten waren geprägt durch den Charme friedlicher Demokratisierung ausgerechnet im ärmsten Land Südamerikas, das noch dazu jahrzehntelang als Putschistenparadies gegolten hatte. Gleichzeitig sind sie aber auch zum Symptom geworden für eine Verschiebung der Perspektiven, weg von sozialen Fragen hin zu strukturellen Fragen der Demokratieentwicklung.

Es gab durchaus auch gewalttätige Auseinandersetzungen im demokratisch-neoliberalen Bolivien. Der Chapare, die Kokaanbauprovinz nördlich von Cochabamba, ist ein permanenter Unruheherd. Auf Druck der USA gingen bolivianische Sondereinheiten immer wieder gegen Kokabauern und ihre Familien vor und versuchten, die Vernichtung von Kokapflanzungen zu erzwingen. Diese wehrten sich auch mit Steinen und Waffen. Aber die Wahrnehmung dieses Konfliktes innerhalb Boliviens ist eine völlig andere als die so von manchem ausländischen Journalisten, der die Gewalt im Chapare zum Thema machte. Blockaden und Brutalität im Chapare sind in Bolivien keine wirkliche Nachricht, sondern Normalzustand, zu lange schon schlägt das Pendel immer mal wieder in Richtung Gewalt und dann wieder in Richtung Verhandlungen. Interessant ist daran für die städtischen Bolivianer vor allem die Frage, ob die Fernstraße von Cochabamba nach Santa Cruz, die durch den Chapare führt, gerade passierbar ist oder nicht.

Viele Aktionsformen, die – von außen betrachtet – Aufsehen erregend scheinen, gehören so zum normalen Inventar des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Jede demokratisch gewählte Regierung hat bislang im Verlauf ihrer Amtszeit einmal den Ausnahmezustand ausgerufen. Straßenblockaden, ob im Chapare oder durch protestierende Bauern auf dem Altiplano, wurden mit Achselzucken hingenommen und demonstrierende Lehrer hängten sich schon einmal in einem Akt der „Selbstkreuzigung“ theatralisch an Zäune. Aber kaum jemand nahm davon Notiz. Früher oder später würden die Proteste wieder enden, größere politische Veränderungen würde es ebenso wenig geben wie spektakuläre Gewaltausbrüche – all dies schien über viele Jahre sicher.

Anzeichen für wachsende Unzufriedenheit sind allerdings schon seit Jahren deutlich. Ende der 90er Jahre und zu Beginn des neuen Jahrtausends haben die sozialen Proteste in Bolivien eine neue Qualität erreicht. Genannt seien nur die

umfangreichen Bauernproteste und der so genannte „Krieg um das Wasser“ in Cochabamba im Jahr 2000, als eine regelrechte Volksbewegung die Privatisierung der Wasserversorgung der Stadt verhindern konnte. Die organisierten Bauern waren seinerzeit zu gespalten, ihre Führungspersönlichkeiten zu eitel und selbstbezogen, um einen gemeinsamen Protest zu organisieren. Dies machte es den Regierenden umso einfacher, mit einzelnen Zugeständnissen immer wieder für eine vorläufige Beruhigung der Situation zu sorgen.

Allein das Wahlverhalten der Bolivianer hätte für die politischen Eliten des Landes ein Warnzeichen sein müssen. Schon seit den späten 80er Jahren kündigten viele Wähler den etablierten Parteien die Gefolgschaft auf und setzten ihre Hoffnungen auf populistische Parteien wie *Conciencia de Patria* (CONDEPA) und UCS, die sich in ihrem Diskurs spezifisch an die indigene Bevölkerung richteten. Der völlig überraschende Erfolg des Kokabauernführers Evo Morales bei den Wahlen 2002 mit seinem zweiten Platz hinter Sánchez de Lozada sprach erst vor kurzem eine deutliche Sprache, denn hier manifestierte sich bereits das Bedürfnis vieler Wähler, ein „Nein“ zu formulieren.

Aber für die politischen Eliten von MNR, MIR und *Acción Democrática Nacionalista* (ADN), die das Land seit 1985 regieren, schien die Welt wieder in Ordnung zu sein, nachdem trotz des Erfolges von Evo Morales wieder eine Koalition der Altparteien, diesmal von MNR und MIR zustande kam. Offenbar wollte man das Ausmaß der Unzufriedenheit nicht wahrnehmen und vertraute darauf, mit den seit 1985 erprobten Methoden weitere fünf Jahre lang regieren zu können, mit dem IWF und den internationalen Gebern immer neue Übereinkommen zu erreichen und die Situation im Land dabei leidlich ruhig halten zu können.

Wieder einmal in der Kritik: der IWF

Der IWF ist in diesen Wochen seinem schlechten Ruf gerecht geworden. Ausgehend von der zutreffenden Diagnose eines viel zu hohen Haushaltsdefizits haben die Finanztechnokraten in Washington von der bolivianischen Regierung ein drastisches Sparprogramm verlangt. Die Konstellation ist nicht neu, derartige Forderungen gehören schließlich seit vielen Jahren zum allseits bekannten Arsenal der vom IWF verordneten Maßnahmen. Genauso gilt weiter, dass das Gütesiegel des IWF unverzichtbar ist dafür, als hoch verschuldeter Staat auf den internationalen Finanzmärkten Kredite aufnehmen zu können.

Die sozialen Folgen dieser Maßnahmen haben in den Überlegungen des IWF noch nie eine wesentliche Rolle gespielt, das ist Sache der nationalen Regierungen respektive der internationalen Entwicklungshilfe. Im Fall Boliviens kann davon ausgegangen werden, dass man in Washington genauso wenig wie auf Seiten der Regierung in La Paz erwartet hatte, nach so vielen Jahren überraschender Stabilität unter neoliberalen Vorzeichen könne es zu derartigen Ereignissen kommen.

Inzwischen rudert man zurück, beim IWF und im Regierungspalast in La Paz. Präsident Sánchez de Lozada hat unter dem Eindruck der Ausschreitungen seine Steuerpläne schnell zurücknehmen müssen, und der IWF ist inzwischen auch einverstanden, wenn es mit der Haushaltskonsolidierung in Bolivien etwas langsamer geht. Die Vermutung liegt nahe, dass auch für den IWF hier eine politische, keine finanztechnische Überlegung im Vordergrund stand. In La Paz wurde offen darüber diskutiert, ob Sánchez de Lozada diese Krise politisch überleben wird. An einem Sturz des Präsidenten kann man aber in Washington kein Interesse haben, denn es steht in der bolivianischen Politik kein – im Sinne des IWF – besserer Partner zur Verfügung.

So steht lediglich Krisenmanagement im Vordergrund, das von politischen Perspektiven für eine langfristig tragfähige wirtschaftliche Entwicklung Boliviens denkbar weit entfernt ist. Nach über 17 Jahren neoliberaler Politik in Bolivien muss die Frage erlaubt sein, ob nicht von den damit verbundenen Verheißungen einmal etwas spürbar werden müsste. Die Reduzierung der Inflation und die damit verbundene labile Stabilität des Landes konnte für einige Jahre dafür sorgen, dass der Protest sich in Grenzen hielt, aber von Investitionen aus dem Ausland in großem Maßstab, die direkt Arbeitsplätze schaffen würden und darüber hinaus Märkte für potenzielle Zulieferer im Land darstellen könnten, ist wenig zu sehen.

Warum auch sollte internationales Kapital nach Bolivien kommen? Viele andere Staaten konkurrieren mit Bolivien um die ersehnten Direktinvestitionen und verfügen dabei über bessere Startbedingungen. Die bolivianische Infrastruktur ist denkbar schlecht, erst seit wenigen Jahren gibt es überhaupt eine asphaltierte Straße zu den chilenischen Pazifikhäfen. Es gibt etwas Erdgas und Erdöl, auch die Minenwirtschaft in den Anden existiert noch, wenn auch in wesentlich geringem Umfang als zu Zeiten der großen staatlichen Minengesellschaft COMIBOL. Aber der auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige bolivianische Ex-

portschlag, derjenige Wirtschaftssektor, der eine bestechende Eigendynamik entwickeln könnte, ist bislang weder von internationalen noch von nationalen Unternehmern entdeckt worden – die Verarbeitung von Kokablättern zu Kokain einmal ausgenommen.

Die Anwendung der neoliberalen Rezeptur mag in einigen Staaten zu wirtschaftlicher Dynamik geführt haben, die im richtigen Moment eine Lücke auf dem Weltmarkt nutzen konnten. Bolivien allerdings ist ein Beispiel dafür, wie das – schon recht betagte – neoliberale Modell zu einer perspektivlosen, relativen Stabilität auf sehr niedrigem Niveau führen kann. Daran ändert auch die Erkenntnis nichts, dass eine Rückkehr zu einer durchbürokratisierten Wirtschaft von großen Staatsbetrieben die wirtschaftlichen und sozialen Probleme sicherlich nicht lösen würde.

Regierungsumbildung und Sparmaßnahmen

Präsident Sánchez de Lozada hat die Krise dazu genutzt, das Kabinett ebenso zu verkleinern wie den engeren Kreis der hohen Regierungsfunktionäre. Bislang gab es 18 Ministerien, von denen nur 13 bleiben werden. Statt 53 Vizeministerien, wird es in Zukunft 38 geben, von den bislang 111 Generaldirektionen werden 26 gestrichen. Mit dieser Maßnahme, der *Ley de Organización del Poder Ejecutivo* sollen nach Angaben des direkt dem Präsidenten zugeordneten Ministers José Guillermo Justiniano rund 66 Mio. Bolivianos, umgerechnet etwa 8 Mio. Euro, eingespart werden. Die Zahl der Führungsposten im Regierungsapparat liegt allerdings immer noch deutlich über der von 1993, als Sánchez de Lozada zu Beginn seiner ersten Amtszeit das Kabinett reformierte. Es zeigt sich, in welchem Ausmaß Koalitionsverhandlungen nicht um politische Inhalte, sondern um die Verteilung von Posten geführt werden – wenn zu viele Anwärter versorgt werden müssen, ist die Versuchung groß, einfach neue Posten zu schaffen.

Zunächst einmal geht es um die Symbolkraft solcher Maßnahmen. Sánchez de Lozada will in erster Linie demonstrieren, dass die Regierung bereit ist, an sich selbst die Schere anzusetzen. Denn der fatale Eindruck in der Öffentlichkeit ist – nicht zu Unrecht –, die Regierenden bedienen sich skrupellos aus der Staatskasse, während finanzielle Zumutungen auf die kleinen Leute abgeladen würden.

Gleichzeitig liegt in der Verkleinerung des Funktionsapparates auch eine politische Chance für Sánchez de Lozada. Eine Neusortierung der Ressorts und Posten bringt immer auch eine neue Verteilung von Macht und Einfluss der ein-

zelen Koalitionsparteien mit sich, und Sánchez de Lozada kann die Gelegenheit nutzen, ihm unliebsame Funktionäre loszuwerden und seinen Einfluss und den seiner Partei in wichtigen Politikfeldern auszubauen.

So bleibt zwar das Ministerium für Wirtschaftliche Entwicklung in Händen des MIR, Minister ist Jorge Torres, viele seiner Kompetenzen jedoch muss es an das neue Ministerium für Öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur abgeben. Erster Minister wird dort Carlos Morales, ein Vertrauter des Präsidenten. Auch das Ministerium für Nachhaltige Entwicklung und Planung unter Führung von Moira Paz (MNR) stellt ein Machtzentrum dar. Es überrascht nicht, dass von Seiten der Koalitionspartner Unmut laut wird. Das letzte Wort ist höchstwahrscheinlich noch nicht gesprochen.

Verhandlungen mit IWF und Weltbank, Interamerikanischer Entwicklungsbank und EU sind unter Federführung von Finanzminister Javier Comboni im Gang. Für die bolivianische Regierung geht es dabei um Auszahlungen von insgesamt rund US\$ 4 Mrd., allein von der EU hofft Bolivien auf die Auszahlung eines Kreditvolumens von rund US\$ 1 Mrd. Dieser Betrag ist schon seit Jahren für Bolivien vorgesehen, wurde aber bisher nicht ausgezahlt, weil der entsprechende finanzielle Eigenbeitrag auf bolivianischer Seite fehlte. Darüber hinaus hofft die bolivianische Regierung nach Presseberichten auf Schenkungen von etwa US\$ 40-50 Mio. von der EU, außerdem US\$ 14 Mio. von der US-Regierung, rund US\$ 50 Mio. von der Weltbank und einen Überbrückungskredit von weiteren US\$ 50 Mio. von der *Corporación Andina de Fomento* (CAF), um das aktuelle Haushaltsdefizit auf 6,3% des BIP zu beschränken zu können.

Perspektiven

Die internationalen Geldgeber und die bolivianische Regierung werden sich wohl auf einen Modus einigen können, die gegenwärtige Krise finanztechnisch zu bewältigen; das gemeinsame Interesse daran, einen Zusammenbruch zu verhindern, dürfte groß genug sein. In Bolivien scheint ein Sturz der Regierung Sánchez de Lozada abgewendet. Es stellt sich allerdings die Frage, unter welchen Rahmenbedingungen das Land künftig regiert werden wird.

Sánchez de Lozada ist zweifellos geschwächt. Die Regierung wird in Zukunft jede wirtschaftspolitische Maßnahme sorgfältig daraufhin prüfen müssen, ob dadurch nicht wieder eine Protestwelle wie am 12./13. Februar ausgelöst werden könnte. Der Präsident lässt völlig den Reformelan-

vermissen, der seine erste Amtszeit von 1993 bis 1997 ausgezeichnet hat; er wirkt müde.

Von den führenden Oppositionspolitikern sind starke Worte zu hören: Evo Morales fordert eine verfassunggebende Versammlung, um „das Land neu zu gründen“, sein radikalerer Konkurrent im indigenen Lager, „El Mallku“ Felipe Quispe lässt verkünden, einmal mehr sei die Herrschaft der Weißen perpetuiert worden, der Gewerkschaftsdachverband *Central Obrera Boliviana* (COB) fordert eine massive Erhöhung des Mindestlohnes. Maximalforderungen nach einer radikalen Absage an den Neoliberalismus gehören ohnehin zum Standardrepertoire der Opposition. Gleichzeitig liegt darin aber auch ihre Schwäche. Von einer realpolitisch gangbaren Alternative zur Regierung Sánchez de Lozada ist nichts zu sehen. Niemand in der Opposition beantwortet die Frage danach, welche Folgen ein Bruch mit der internationalen Finanzwelt für Bolivien hätte. Den Präzedenzfall lieferte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre der damalige peruanische Präsident Alan García. Er begrenzte unilateral die Zahlungen Perus auf seine Auslandsschulden – um wenige Jahre später in einem wirtschaftlichen Desaster unterzugehen.

Das – in sich keineswegs kohärente – Oppositionsspektrum von Gewerkschaften, indianischen Organisationen und ihren jeweiligen Führern, Parteien wie MAS und *Movimiento Indígena Pachakuti* (MIP) scheint darauf zu setzen, weiter gegen die Regierung zu mobilisieren. Aber sollte es tatsächlich Neuwahlen geben, ist ein Erfolg dieser Strategie keineswegs ausgemacht. Die Wähler und Wählerinnen in Bolivien haben in den vergangenen Jahren immer pragmatisch abgestimmt. Die fragile Stabilität ganz aufzugeben zugunsten eines politischen Abenteuers, dies war nie ihre Sache. Sogar der Wahlerfolg von Evo Morales im vergangenen Jahr trägt Züge dieses Pragmatismus. Nicht wenige Morales-Wähler wollten eine symbolhafte Stimme gegen die herrschenden Verhältnisse abgeben, im sicheren Glauben, Evo Morales werde weit abgeschlagen in der Opposition verbleiben. Der Schrecken war groß, als sich plötzlich die Frage stellte, ob Morales Präsident werden könne. Viel spricht deshalb dafür, dass der Kokabauern-Führer bei Neuwahlen trotz aller Mobilisierung eher Stimmen verlieren als gewinnen könnte.

Mario Rueda Peña, ein mit allen politischen Wassern gewaschener Veteran der bolivianischen Linken, beklagt, die „Evos und Mallkus“ Boliviens hätten nichts von Lula gelernt. Der brasilianische Präsident habe es schließlich nach vielen Jahren geschafft, eine regierungsfähige linke

Alternative zu formulieren, die nicht mit revolutionären Diskursen und Maximalforderungen in der radikalen Ecke verbleibe, sondern versuche, über Verhandlungen sowohl mit dem IWF als auch mit den nationalen Unternehmern den nötigen Spielraum für soziale Reformen zu öffnen.

Der Blick nach Brasilien ist noch aus einem anderen Grund von Bedeutung. Bolivien allein ist ökonomisch und politisch zu unbedeutend, um bei der Suche nach einem neuen, sozialeren marktwirtschaftlichen Weg, der Entwicklungsperspektiven eröffnen könnte, den Ton anzugeben. Dies ist im Fall Brasiliens anders. Die Debatte um den von den USA gewünschten, gemeinsamen amerikanischen Markt (ALCA) ist in vollem Gang. Brasilien verfügt über das nötige Gewicht, um deutlich hörbar eine eigene Position zu formulieren und kann darüber hinaus auf eine lange Tradition autonomer Außenpolitik zurückgreifen. Noch sind die politischen Pflöcke nicht endgültig eingeschlagen, aber wer immer mit Unbehagen die hegemonialen Tendenzen in den USA im Zusammenhang mit dem ALCA verfolgt, richtet auch einen hoffnungsvollen Blick auf die neue brasilianische Regierung.

In der bolivianischen Tagespolitik bleibt gegenwärtig kaum mehr als weiteres Krisenmanagement. Soziale Proteste werden höchstwahrscheinlich wieder aufflammen, in welcher Form und in welchem Ausmaß, bleibt abzuwarten. Bei

einem Sturz der Regierung Sánchez de Lozada könnte eine andere Koalition der Etablierten unter Einbeziehung des 2002 Drittplatzierten Manfred Reyes Villa das Ruder übernehmen – eine wesentliche Veränderung der Politik wäre davon allerdings nicht zu erwarten. Sollte tatsächlich der unwahrscheinliche Fall eintreten, dass Evo Morales aus einer Staatskrise als neuer Präsident hervorgehe, wäre er um seine Aufgabe nicht zu beneiden. Zwischen den selbst erzeugten, außerordentlich hohen Erwartungen seiner Anhänger einerseits und dem Druck von IWF und USA andererseits, für die Morales ohnehin wegen seiner Geschichte als oberster Kokabauer ein rotes Tuch ist, würde er kaum über politische Spielräume verfügen.

Die Regierung hat indessen den Vorschlag ins Spiel gebracht, unter Leitung der Katholischen Kirche einen Dialogprozess aller beteiligten politischen Kräfte ins Leben zu rufen, um nach Möglichkeit einen „nationalen Konsens“, eine „nationale Übereinkunft“ bezüglich der zentralen, umstrittenen politischen Fragen zu erreichen. Spitzenvertreter der Kirche haben sich bereits ähnlich geäußert. Noch ist allerdings angesichts der fundamentalen Meinungsunterschiede und angesichts des Konfrontationskurses der Opposition schwer vorstellbar, dass ein solcher Dialog erfolgreich sein könnte.

Autorennotiz:

Ulrich Goedeking, Dr. phil. (des.), Entwicklungssoziologe und freier Journalist mit regionalem Schwerpunkt auf den Andenländern. Thematische Schwerpunkte: Politische Eliten, politische Rationalitäten, Parteien, Ethnizität und Politik, aktuelle politische Entwicklungen.

E-Mail: Ulrich.Goedeking@t-online.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: €61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); €46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten €3,10 (für Studierende €2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Jonas Wolff

Bestimmungsfaktoren und Konsequenzen der offiziellen Dollarisierung in Lateinamerika

**Eine politökonomische Analyse unter besonderer
Berücksichtigung Ecuadors**

Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde 2003, € 7,70
(Beiträge zur Lateinamerika-Forschung, Band 10)
ISBN 3-936884-03-X

Wie kommt ein Land dazu, freiwillig seine Währung zu Gunsten eines fremden Geldes aufzugeben und damit auf jegliche eigenständige Geld- und Währungspolitik zu verzichten? Welche Konsequenzen hat eine solche offizielle Dollarisierung?

Die vorliegende Arbeit stellt die Strategie der Dollarisierung in den Kontext der internationalen Währungsbeziehungen und analysiert die zentralen Argumentationsstränge der Dollarisierungsdebatte. Und sie verfolgt am Beispiel der Dollarisierung Ecuadors, wie die konkreten gesellschaftlichen und politischen Prozesse in einem von einer schweren Wirtschaftskrise geschüttelten Land zur Aufgabe der nationalen Währung führen.

Hierfür wird ein von A. Giddens' Theorie der Strukturierung angeleiteter Erklärungsansatz für das Phänomen der Dollarisierung angeboten. Im "confidence game" der internationalen Finanzmärkte, in dem sich die strukturelle Unsicherheit demokratischer Prozesse zunehmend als Manko an Glaubwürdigkeit darstellt, bietet sich die Übernahme einer harten Währung geradezu an. Gleichwohl ist die Dollarisierung alles andere als eine konsistente Antwort auf die Finanzkrisen der 90er Jahre. Kehrseite der monetären Stabilisierung ist insbesondere eine dauerhafte und anwachsende Konstellation der Überbewertung. Der Zielkonflikt zwischen einer überbewerteten Währung zur Attrahierung externer Finanzmittel und einer unterbewerteten Währung zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, wird einseitig und zu Lasten der industriellen Konkurrenzfähigkeit entschieden. Die Aussicht auf breite wirtschaftliche Entwicklung rückt so in weite Ferne.

Die Arbeit basiert auf einem eklektischen politökonomischen Ansatz, der monetär-keynesianische Analysen, Einsichten der neogramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie, der Regulationstheorie und der Theorien Internationaler Beziehungen (Regimetheorie, Sozialkonstruktivismus, Globalisierungsanalysen) zu verbinden sucht.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · 20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41
E-Mail: publications@public.uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>